

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 22. Juni 1956

Nummer 25

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Juni 1956

Die internationale Konjunktur

Das gesamtwirtschaftliche Wachstum in der westlichen Welt hat sich, vor allem bedingt durch das Verharren der industriellen Produktion auf oder nahe dem im vorigen Jahre erreichten Höchststand in den führenden Industrieländern — in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und Westdeutschland — dem Realwert nach weiter verlangsamt. Gleichzeitig vermochten sich Preisauftriebstendenzen an den Binnenmärkten der einzelnen Länder, zum Teil abgeschwächt, zum Teil aber auch verstärkt, nach wie vor durchzusetzen. Mit dem nicht mehr oder nur noch geringfügig wachsenden Rohstoffbedarf der verarbeitenden Industrien haben Zwang und auch Anreiz zu einer verstärkten Lageraufstockung, die bis in die jüngste Vergangenheit charakteristisch für die Industrieländer gewesen ist, nachgelassen. Da andererseits aber das Angebot reichlicher geworden ist, überwiegen an den Weltwarenmärkten jetzt ebenfalls bei industriellen Rohstoffen die Preisrückgänge.

Auch die Preise für Nahrungsmittel tendieren nach einer vorübergehenden Festigung eher wieder nach unten. Hierfür hat vor allem die Tatsache eine Rolle gespielt, daß sich auf der einen Seite das Angebot, insbesondere für tierische Veredelungsprodukte, als elastischer erwiesen hat, als angenommen wurde, und daß sich ganz allgemein die Nachfrage nach der vorangegangenen Erhöhung der Preisforderungen zurückhielt und so dem Preisauftrieb Widerstand entgegensetzte.

Der Warenaustausch zwischen den Industrie- und Rohstoffgebieten, der ohnehin nicht mit der allgemeinen Wirtschaftsexpansion Schritt gehalten hat, droht somit bei nachlassendem Einfuhrbedarf der Industrieländer erneuten Belastungen ausgesetzt zu werden. Diese Entwicklung beginnt sich bereits in der Einfuhrgestaltung führender Industriewirtschaften — so in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und auch in Westdeutschland — abzuzeichnen. Sie wird die schon vorhandenen Zahlungsbilanzschwierigkeiten der überseeischen Gebiete vermutlich verschärfen, da — anders als bei Beginn der amerikanischen „recession“ Mitte 1953 — diesmal für diese Länder offenbar keine kompensierenden Ausfuhrmöglichkeiten gegeben sind. Unter diesen Umständen könnte der Konkurrenzkampf der Industrieländer um Absatzgebiete allgemein

schärfer werden; die Volkswirtschaften, deren Preisniveau im Verlauf der Expansion stärker angehoben worden ist, würden in einer solchen Situation einen schweren Stand haben. Da die Überwindung des internationalen Preisgefälles aber wohl kaum durch ein Zurückgehen der überhöhten Preise in den Ländern erfolgen wird, in denen der Binnenmarkt die Preissteigerungen bewilligt hat, dürfte die Frage der Währungskorrekturen, und zwar differenzierter Berichtigungen, die die unterschiedlichen Preisbewegungen der letzten Jahre in den einzelnen Ländern berücksichtigen, durch eine solche Entwicklung noch an Bedeutung gewinnen. Eine sinnvolle Lösung der vielschichtigen Währungsprobleme scheint daher gegenwärtig nurmehr auf einer internationalen Basis möglich.

In den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich die Rückbildungserscheinungen in den gefährdeten Bereichen intensiviert und beginnen jetzt auch auf die Vorlieferindustrien einzuwirken. Wenn diese Rückwirkungen vorerst teilweise auch nur, wie etwa bei der Stahlindustrie, in verminderten Auftragsengängen und einer Verkürzung der Lieferfristen zum Ausdruck kommen, so sind sie doch unverkennbar. In dem industriellen Sektor wurden die Produktionsausfälle der unter Absatzschwierigkeiten leidenden Zweige bis in die jüngste Zeit hinein durch einen wachsenden Güterausstoß in den nach wie vor expandierenden Bereichen, vor allem im Werkzeugmaschinenbau und in der chemischen Industrie, kompensiert.

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt, die durch eine steigende Beschäftigtenzahl und eine nur wenig veränderte Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, wird jedoch in erster Linie durch die Vorgänge in den außerindustriellen Bereichen bestimmt; hat doch die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Industrie zwischen November 1955 und April 1956 bei gleichzeitiger Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit fast ununterbrochen — im Gegensatz zu der Vorjahrsentwicklung — abgenommen. Angaben für den Monat Mai liegen hier zur Zeit noch nicht im einzelnen vor; doch dürfte kaum eine mehr als saisonale Zunahme der Beschäftigten zu verzeichnen sein. Zu den Bereichen, die eine steigende Beschäftigtenzahl aufweisen, gehören die Dienstleistungsgewerbe einschließlich der Öffentlichen Hand und die Landwirtschaft. Schon seit geraumer Zeit, etwa

seit Mitte 1954, beschäftigt die Landwirtschaft im Durchschnitt jeweils mehr Arbeitskräfte als in den vergleichbaren Vorjahresperioden. Die Mehrbeschäftigung belief sich im April dieses Jahres gegenüber April 1955 auf etwa 170 000, gegen April 1954 sogar auf 310 000. Diese Entwicklung ist um so auffällender, als sie auf einen Umschwung in der bisherigen langfristigen Tendenz zu abnehmender Beschäftigung in der Landwirtschaft hindeutet, und dies in einer Zeit, in der das Farmereinkommen hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückgeblieben ist. Daneben hat aber auch die Zahl der Selbständigen zugenommen.

Für den weiteren Verlauf der Wirtschaftstätigkeit in den Vereinigten Staaten dürfte bei der gegenwärtigen Konstellation die Entwicklung des privaten Verbrauchs entscheidend sein. Bei beträchtlich über das Vorjahr hinausgehenden Einkommen der privaten Haushaltungen liegen die Einzelhandelsumsätze zur Zeit etwa auf dem Vorjahrsniveau. Auch wenn man unterstellt, daß die Dienstleistungen absolut und relativ einen stetig wachsenden Anteil der verfügbaren Einkommen beanspruchen, so dürfte die Ausgabeneigung der Verbraucher für Konsumzwecke in den letzten Wochen keinesfalls größer, sondern eher geringer geworden sein. Nachhaltige Rückwirkungen dieser Verbraucherzurückhaltung auf die Anlageinvestition der Wirtschaft zeichnen sich noch nicht ab; sie dürften auch, da die Wirtschaft weiter vorwiegend langfristig plant, kaum unmittelbar bevorstehen. Doch ist die Gefahr einer Revision der Lagerdispositionen, die zusätzliche kontraktive Kräfte auslösen müßte, nicht von der Hand zu weisen.

In Großbritannien hat sich die Zunahme der Nominaleinkommen infolge einer weiteren Erhöhung der Lohnsätze mit unverminderter Stärke fortgesetzt. Da die von der Regierung zur Bekämpfung der Überexpansion getroffenen Maßnahmen vor allem die Nachfrage nach Konsumgütern vorübergehend abgeschwächt und einen Produktionsrückgang in der Konsumgüterindustrie verursacht haben, stößt die mit dem Nominaleinkommen jetzt wieder zunehmende Nachfrage nach Konsumgütern auf ein nur langsam folgendes Angebot. Die Einzelhandelspreise sind daher im April dieses Jahres erneut beträchtlich gestiegen (um 2 vH). Zwar wäre für die britische Wirtschaft, in der der Investitionsboom weiter anhält, eine Einschränkung der Konsumgüterproduktion erwünscht, wenn damit ein Überwechseln von Arbeitskräften zur Investitionsgüterindustrie erreicht und die Arbeitsmarktlage entspannt werden könnte. Doch ist in Großbritannien die hierfür notwendige Mobilität der Arbeit offenbar nicht gegeben. Auch in den Industriezentren, in denen keine ins Gewicht fallende räumliche Trennung beider Industriezweige einem Arbeitsplatzwechsel entgegensteht, ist nebeneinander Kurzarbeit in der Konsumgüterindustrie und Überstundenarbeit in der Investitionsgüterindustrie zu beobachten.

Der Außenhandel wurde weiterhin durch die Inlandsentwicklung der Löhne und Preise beeinträchtigt. Im Mai dieses Jahres war der Zuwachs zur Gold- und Dollarreserve geringer als in den Vormonaten. Damit verringert sich für dieses Jahr die Chance, die Gold- und Dollarreserve weiter aufzustocken, da in der zweiten Hälfte des Jahres mit einem saisonbedingten Rückgang der Reserve zu rechnen ist.

Westdeutschland

Die merkliche Verringerung im Fortschritt der westdeutschen Sozialproduktentwicklung im ersten Viertel dieses Jahres ist zwar durch den erneuten An-

stieg der industriellen Erzeugung seit April wieder nach oben korrigiert worden, aber die Tendenz zur Verlangsamung des allgemeinen Fortschrittstempos ist trotzdem unverkennbar geblieben.

Der sich in der ersten Hälfte dieses Jahres offenbar vollziehende Übergang von einer starken zu einer gemäßigten Expansion konnte jedoch die Spannungen zwischen nominaler und realer Entwicklung nicht beseitigen oder auch nur mildern. Der äußere Ausdruck dieser Spannungen, nämlich eine tendenziell nach oben gerichtete Preisentwicklung hat sich allerdings insofern gewandelt, als der Preisauftrieb dort, wo er während der starken Expansion im Jahre 1955 vor allem wirksam war, besonders in den Vorstufen der industriellen Erzeugung bis zu den Investitionsgüterindustrien, inzwischen nachgelassen hat und im wesentlichen zum Stillstand gekommen ist, während er in den Bereichen, die unmittelbar dem Verbrauch dienen, hauptsächlich bei den Ernährungsgütern, überhaupt erst in Gang gekommen ist und sich eher verstärkt hat, jedenfalls keinerlei Zeichen einer Abschwächung zeigt.

Diese Wandlungen der Preisdifferenzierung innerhalb der wichtigsten Bereiche der Gesamterzeugung decken sich weitgehend mit den ebenfalls wirksam und sichtbar gewordenen Änderungen der Angebots- und Nachfragekonstellation in diesen Bereichen.

Der Auftragseingang innerhalb der industriellen Gesamterzeugung als ein Kriterium der Nachfrageentwicklung ist zwar nach den bisher bis April vorliegenden Ziffern seit Februar dieses Jahres wieder stärker gewachsen, aber in den Bereichen mit nachlassendem Preisauftrieb (Grundstoffe und Investitionsgüter) hat offenbar auch das Angebot Schritt halten können. Jedenfalls hat sich innerhalb dieser Erzeugungsgebiete das Verhältnis von Auftragseingängen und Auslieferungen ständig verbessert, ohne daß es jedoch bisher zu einem Abbau der Auftragsbestände gekommen wäre. Immerhin zeigen so wichtige Einzelbereiche wie etwa Stahl und Eisen, daß die im vergangenen Jahre hier noch charakteristische Engpaßsituation inzwischen durch den beträchtlichen Kapazitätsszuwachs weitgehend beseitigt und dementsprechend die Lieferfristen erheblich verkürzt werden konnten.

Von einer ähnlichen Entspannung der Angebots-Nachfrage-Relation innerhalb der Verbrauchsgütererzeugung kann allerdings nicht gesprochen werden. Die vielfach vertretene Auffassung, daß diese Spannungen im Verbrauchsgüterbereich ebenfalls durch Kapazitätsschwierigkeiten und insbesondere durch den Mangel an Arbeitskräften verursacht worden seien, trifft jedoch — zumindest für den Beobachtungszeitraum Januar bis April dieses Jahres — nicht zu. Die Erzeugungsziffern der Verbrauchsgüterindustrie lagen nämlich in dieser Periode beträchtlich (rund 11 vH) unter dem im Vorjahre erreichten Höchststand. Da auch alle übrigen Bereiche der industriellen Erzeugung unter der im Vorjahr erreichten Höchstproduktion zurückgeblieben (eine Ausnahme bildeten lediglich die Grundstoffindustrien, die die Vorjahreshöchstziffern bisher geringfügig um 1 vH überschritten) und da ferner das Arbeitskräftepotential, das im Vorjahr die höhere industrielle Gesamterzeugung ermöglichte, sich in der ersten Hälfte dieses Jahres keineswegs verringert hat, können weder der Mangel an Arbeitskräften noch ungenügende Kapazitäten für das Zurückbleiben des Angebotes hinter der stark wachsenden Nachfrage im Verbrauchsgüterbereich in den vergangenen Monaten ursächlich maßgebend gewesen sein.

Die trotz des im ganzen noch bestehenden Kapazitätsspielraums sich verschärfenden Spannungen innerhalb

der Verbrauchsgütererzeugung hatten und haben vielmehr andere Ursachen. Die verstärkt wachsende Nachfrage der privaten Verbraucher hat nämlich inzwischen auch für die Verbrauchsgütererzeugung eine Marktkonstellation geschaffen, die nunmehr eine Anpassung der Verbrauchsgüterpreise an die gestiegenen Kosten gestattet. Die während der Phase der überstarken Expansion im Vorjahre aufgetretenen Preissteigerungen der Vorstufen können jetzt von den industriellen Endstufen der Verbrauchsgütererzeugung in Gestalt steigender Preise weitergewälzt werden. Der Übergang von der starken Expansion des Vorjahres zu einem gemäßigten Fortschrittstempo in diesem Jahr spielt sich also gegenwärtig unter Bedingungen ab, die eine Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus erschweren. Auf der Einkommenseite haben vor allem die von der Lohnentwicklung der vergangenen Monate ausgehenden expansiven Impulse in Verbindung mit der gegenüber dem Vorjahre erheblich verringerten Effizienz wesentlich dazu beigetragen, daß, wenigstens nach dem vorliegenden Zahlenmaterial, der für jeden Fortschritt an sich zwar notwendige stetige Nachfrage-

überhang gerade während der Phase der Verlangsamung der Expansion größer geworden zu sein scheint.

Ebenso waren die vor allem während der letzten Monate wieder ungewöhnlich hohen Devisenüberschüsse, d. h. die beträchtlich stärker als die Einfuhr gestiegene Ausfuhr, mitverantwortlich dafür, daß das nominale Einkommen seinen Zuwachs nicht im gleichen Tempo wie die Produktion verringerte, mit der Folge, daß auch von dieser Seite her die Spannungen zwischen Güter- und Geldseite vergrößert wurden.

Der Gegendruck gegen diese Entwicklungstendenzen liegt nach wie vor einseitig bei den monetären Instanzen. Der fiskalische Gegendruck, d. h. die Überschubbildung des Bundes beim Zentralbanksystem, blieb hinter den in den vergangenen Monaten erzielten Devisenüberschüssen zurück. Die durch den verbleibenden Nettozufluß an Liquidität ermöglichte Erweiterung des Kreditspielraums der Geldinstitute, die auch durch den wachsenden Bargeldumlauf nicht entscheidend eingeschränkt werden konnte, wurde also im wesentlichen durch weitere Verschärfung der restriktiven Politik des Zentralbanksystems wieder beschnitten.

Die Konsumgüterversorgung in der SBZ

Die Untersuchungen des DIW zur Frage der Lebenshaltungskosten in der SBZ¹⁾ wurden im letzten Wochenbericht mit einer Darstellung der Preisentwicklung in Ost-Berlin bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt fortgesetzt. In diesem Bericht wurde zum ersten Male bewußt darauf verzichtet, die für Ost-Berlin ermittelten Kosten mit denen in West-Berlin zu vergleichen, da die bei den früheren Untersuchungen als Basis angenommene annähernde Vergleichbarkeit der Nominal-einkommen in beiden Teilen Deutschlands heute nicht mehr gegeben ist. Das für die Arbeiterhaushalte, die den Vergleichen bisher zugrunde gelegt waren, geltende Durchschnittsniveau liegt in Ost-Berlin um mindestens 10 vH niedriger als in West-Berlin und weist im übrigen in den einzelnen Gruppen immer stärkere Differenzierungen auf, die etwaige Vergleiche erschweren.

Wenn sich in Ost-Berlin in der Zeit von September 1950 bis Dezember 1955, dem Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes also, in der oberen Ausgabengruppe eine Senkung der Lebenshaltungskosten um 17 vH und in der mittleren um rd. 8 vH ergeben hat, während in der, etwa dem absoluten Existenzminimum entsprechenden, unteren Gruppe sich die Lebenshaltungskosten um rd. 12 vH erhöht hatten, sagen auch diese Zahlen nur wenig über die absolute Entwicklung der Lebenshaltung in der SBZ aus. Als wichtigster Faktor für eine wirkliche Aussage müßte die Entwicklung der Nominal-einkommen in die Betrachtung einbezogen werden. Der Durchschnittslohn der unselbständig Beschäftigten z. B. stieg in der gleichen Zeit bei beträchtlichen Differenzierungen im einzelnen um mehr als 40 vH, ebenso wie sich auch die Einkommen der Selbständigen, vor allem in der Landwirtschaft, und auch die Sozialeinkommen erhöhten. Ferner ist auch die Entwicklung von Ausgaben außerhalb der eigentlichen Lebenshaltung von Wichtigkeit, insbesondere die der Lohnsteuern, die nicht unbedeutend gesenkt worden sind. Die Mannigfaltigkeit der einzelnen Faktoren und der Mangel an exakten Daten läßt es zur Zeit noch zweifelhaft erscheinen, ob überhaupt Urteile mit einer gewissen Allgemeingültigkeit gefällt werden können. Bereits im letzten Wochenbericht wurde auf die sehr hohen Unterschiede zwischen den sowjetischen Berechnungen der Lebenshaltungskosten und den Berechnungen des DIW hingewiesen, die sich offenbar zum Teil aus Variationen in der Warenkorb-berechnung ergeben hatten.

Eine allgemeine Aussage zur Entwicklung der Lebenshaltung in der SBZ scheint daher eher auf der Grundlage der Einkommensverwendung selbst, d. h. insbesondere an Hand der Einzelhandelsumsätze möglich zu sein. Hierbei muß allerdings in Kauf genommen werden, daß der Einzelhandelsumsatz nicht voll dem privaten Verbrauch zuzurechnen ist, sondern zu einem — allerdings nicht sehr großen — Teile auch dem öffentlichen und betrieblichen Verbrauch. Dieser Teil läßt sich jedoch nicht ausschalten. Wie sich aber aus den Daten über die Verwendung des Sozialproduktes²⁾ ergibt, ist die Entwicklung des öffentlichen Verbrauchs in der SBZ annähernd mit der des privaten Verbrauchs parallel gelaufen, so daß die Daten über die Einzelhandelsumsätze zwar das Niveau der privaten Käufe nicht ganz exakt wiedergeben, wohl aber die Entwicklung.

Der Begriff des Einzelhandelsumsatzes ist in der SBZ wesentlich weiter gefaßt als in der Bundesrepublik. Er enthält den gesamten Warenabsatz außerhalb der Erzeuger- und Großhandelssphäre, d. h. unter anderem auch die direkten Bezüge von Großverbrauchern. Ferner werden die Handelsumsätze des Handwerks und der Absatz im Gaststättengewerbe mitgezählt. Über die Einzelhandelsumsätze in der SBZ einschließlich Ost-Berlin hat die Zentralverwaltung für Statistik kürzlich zwei Datenreihen veröffentlicht³⁾, und zwar mit Umsätzen zu den jeweiligen Tagespreisen und mit Umsätzen zu sog. „gleichbleibenden“ Preisen. Wie die „gleichbleibenden“ Preise ermittelt wurden, wird leider nicht angegeben. Die Betrachtung der beiden Umsatzreihen und ein Vergleich mit den bekannten Aufkommen an Verbrauchssteuern läßt jedoch vermuten, daß es sich hierbei um die Fortschreibung des Großhandelspreisindex aus der Vorkriegszeit, wahrscheinlich um Preise des Jahres 1936, handelt.

Aus den Datenreihen zum Einzelhandelsumsatz ergibt sich, daß sich die Gesamtumsätze in der Fünfjahresperiode nominal um rd. 83 vH, real jedoch um 108 vH erhöht haben, wobei die Sparten „Ernährung“ und „Bekleidung“ zunächst die schnellste Entwicklung nahmen. Mit der sich offenbar langsam bessernden Warenversorgung ergab sich aber auch eine schnellere Entwicklung des Umsatzes an sonstigen Industriewaren, während die Umsätze an Lebens- und Genußmitteln langsamer stiegen. Nicht uninteressant ist weiter, daß im Jahre 1950 mengenmäßig noch fast 50 vH aller Umsätze Artikel betrafen, die auf Marken oder Bezug-

¹⁾ Vgl. Vierteljahrshefte des DIW, Jg. 1951, Heft 1; Wochenbericht des DIW, Jg. 1952, Nr. 13; Jg. 1953, Nr. 7 und 54; Jg. 1954, Nr. 48; Jg. 1956, Nr. 24.

²⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, Jg. 1956, Nr. 17.

³⁾ Statistische Praxis 1956, Heft 4.

Einzelhandelsumsätze in der SBZ*)
in Mill. DM

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Nahrungsmittel . .	7 037	9 084	10 743	11 546	12 123	12 455
Genußmittel	3 513	3 863	4 597	5 230	5 453	5 759
Textilien, Schuhe und Bekleidung . .	3 193	4 399	5 378	5 799	6 460	6 749
Sonstige Industrie- waren	3 512	4 061	4 298	4 796	5 683	6 596
Gesamtumsatz z. je- weiligen Preisen	17 260	21 407	25 016	27 371	29 719	31 559
davon						
HO u. Staatliche Industrielläden . .	4 551	7 299	9 961	10 698	10 490	11 303
Konsumgenos- senschaften und sonstige soziali- stische Betriebe	3 603	4 644	5 833	8 190	9 272	10 155
Priv. Einzelhandel	9 106	9 464	9 222	8 483	9 957	10 101
Gesamtumsatz zu „gleichbleiben- den“ Preisen . . .	5 450	6 700	8 200	9 300	10 600	11 400

*) Nach „Statistische Praxis“ 1956, Heft 4 und 5.

schein abgegeben wurden, während deren Anteil im Jahre 1955 nur noch etwa 16 vH ausmachte.

Neben der Veröffentlichung der Umsatzreihen, aus denen sich eine Senkung des gesamten Preisniveaus auf etwa 88 vH des Standes von 1950 herauslesen läßt, gibt die Zentralverwaltung für Statistik dann noch differenzierte Preisindizes bekannt⁴⁾, nach denen im Jahre 1955 die Einzelhandelspreise insgesamt auf 67,8 vH der Preise von 1950 gesunken sein sollen. Eine ausreichende Erklärung zur Methode dieser Indexberechnung wird leider ebenfalls nicht gegeben.

Wenn man die Umsatzzahlen mit der Höhe des Verbrauchssteueraufkommens vergleicht, scheint die Differenz sich dahin aufzuklären, daß die neuerdings veröffentlichten Preisindexzahlen sich nur auf die variablen Preise für frei verkäufliche Waren beziehen, d. h. daß die Umsätze von auf Lebensmittelkarten und Bezugscheine zuge teilten Waren, deren Preise unverändert blieben (im Jahre 1950 etwa DM 5 Mrd., dann bis 1955 auf etwa 3,5 Mrd. absinkend), aus dieser Indexberechnung ausgeschlossen wurden. Einem solchen Preisindex kommt daher nur eine beschränkte Erkenntniskraft zu. Allerdings bietet er ein Hilfsmittel zur Ermittlung der Höhe der aus der Berechnung ausgeschiedenen Umsätze zu konstanten Preisen. Damit aber ist die Berechnung des „echten“, d. h. variable und fixe Preise umfassenden Index der Einzelhandelspreise für die Gesamtheit der im Einzelhandel umgesetzten Verbrauchsgüter möglich.

Da die Preise der auf Marken bzw. Bezugscheine gelieferten Waren als nahezu unverändert angenommen werden dürfen, ergibt sich, daß die größtenteils mit Verbrauchssteuern⁵⁾ belasteten Waren im Jahre 1950 zu durchschnittlich rd. 230 vH der Normalpreise (Preise, wie sie für Artikel auf Marken und Bezugscheine gelten und auch etwa den wirklichen Produktionskosten entsprechen) verkauft wurden, und daß dieser Satz bis 1953 auf rd. 168 vH und dann bis 1955 auf 155 vH absank. Dieses Absinken des Preisindex der freien Waren geht zum Teil unmittelbar auf Preissenkungen zurück, zum Teil aber auch darauf, daß neue zum Verkauf gelangende Warensorten von vorn herein mit einer prozentual niedrigeren Verbrauchssteuer belastet wurden. Im gewogenen Durchschnitt der

⁴⁾ Statistische Praxis 1956, Heft 5.

⁵⁾ Eine gewisse Überschneidung ergibt sich dadurch, daß bestimmte Verbrauchssteuern, wie die Zuckersteuer, auch auf Artikeln lasten, die auf Marken abgegeben werden. Die Höhe dieser Beträge ist aber nicht so groß, als daß sie das Gesamtergebnis wesentlich beeinflussen könnten.

gesamten Warenumsätze (freie und markenpflichtige Waren) aber lagen die Verkaufspreise 1950 um 167 vH, 1953 um 155 vH und 1955 um 146 vH über den „Normalpreisen“.

Zur Indexberechnung der Einzelhandelspreise in der SBZ

	Einheit	1950	1953	1955
Umsätze				
an rationierten Waren . . .	Mill. DM	5 000	3 200	3 500
an frei verkäuf. Waren . . .	„ „	12 260	24 170	28 060
Gesamtumsatz	Mill. DM	17 260	24 370	31 560
Umsatz*) zu „gleichblei- benden“ Preisen	„ „	10 334	17 670	21 660
Preisindex				
für rationierte Waren . . .	1950 = 100	100	100	100
„ freie Waren	„Normal- preis“ = 100	230	168	155
„ „ „ „ „ aml. Index	1950 = 100	100	73,2	67,8
„ den Gesamtumsatz	„Normal- preis“ = 100	167	155	146
„ „ „ „ „	1936 = 100	235	217	204

*) Umgerechnet auf „Normalpreis“-Basis 1950. Die Zahl für 1950 ergibt sich aus Gesamtumsatz abzüglich Verbrauchssteuern, die Zahlen für 1953 und 1955 ergeben sich auf Grund der Umsätze zu „gleichbleibenden“ Preisen. Die Zahlen für beide Jahre liegen um etwas weniger als 2 Mrd. DM höher als eine Subtraktion der Verbrauchssteuern von den Gesamtumsätzen ergeben würde. Im Jahre 1953 betrafen davon rd. 750 Mill. DM „nichtprivaten“ Verbrauch, vermutlich Rückvergütungen bei Käufen öffentlicher Stellen. Um die weiteren Beträge haben sich anscheinend „Preissenkungen“ durch Verkleinerung der Handels- und Gewinnspannen, Preissubventionen, Steuervergünstigungen bei Ausverkäufen u. a. ergeben.

Wenn man als Umsatz zu Normalpreisen die Umsatzzahlen von 1950 nach Abzug der Verbrauchssteuern betrachtet, so ergibt sich aus einem Vergleich mit den Umsatzzahlen zu vergleichbaren Preisen (Großhandelspreise von 1936) und bei Annahme einer durchschnittlichen Handelsspanne von rd. 30 vH, daß die Normalpreise im Einzelhandel im Jahre 1950 im Durchschnitt um rd. 40 vH über den Einzelhandelspreisen von 1936 gelegen haben müssen. Die durchschnittlichen Verkaufspreise hätten demnach im Jahre 1950 etwa 235 vH der Preise von 1936 betragen, 1953 etwa 217 vH und im Jahre 1955 etwa 204 vH. Als Erfolg der gesamten Preispolitik wäre also immerhin eine Senkung des Preisniveaus für Konsumgüter auf 87 vH des Standes von 1950 erreicht worden, nicht auf 67,8 vH, wie ihn der nur beschränkt gültige Index der Zentralverwaltung für Statistik ausweist. Da der sowjetzonale Index auch den Berechnungen für die Lebenshaltungskosten mit zugrunde gelegt wurde, erklären sich hierdurch die weiteren Unterschiede gegenüber den Berechnungen des DIW.

Ein Preisindex von etwa 204 vH liegt dabei nur um 12,5 vH höher als der für Westdeutschland, allerdings auf einem etwas anders zusammengesetzten Einzelhandelsumsatz, ermittelte Index von 181 vH. Die Spanne in der Versorgung der SBZ gegenüber Westdeutschland ist jedoch höher, da, wie eingangs erwähnt wurde, in der SBZ die Nominaleinkommen der unselbständig Beschäftigten auf einer mindestens 10 vH niedrigeren Ebene liegen, und die durchschnittlichen Einkommen sich etwa ähnlich auch bei Selbständigen und Sozialrentnern bewegen. Ferner fällt das vielfach geringere Qualitätsniveau in der SBZ nicht unerheblich ins Gewicht. Für die Lebenshaltung des Einzelnen ist darüber hinaus die Unregelmäßigkeit der Warenversorgung, die oft zum Ausweichen auf teurere Artikel zwingt, ein Faktor, der die Kosten über den zu erreichenden allgemeinen Durchschnitt steigen läßt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5, und Bonn, Burgstr. 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1955											1956						
			20. FEB. 1956											Jan.	Febr.	März	April			
			Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	25,7	25	26	24			
Anzahl der Werktag:			24	27	24	24	24,2	26	26,9	26	26	24,4	26	25,7	25	26	24			
Bevölkerung																				
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	71100	.	.	71200	.	.	71300	.	.	71400			
" " " " " "	BRD	"	"	49824	49853	49895	49945	49995	50048	50104	50162	50223	50272	50318	50366	50403	.			
" " " " " "	G-B	"	"		3381			3385			3386			3393			.			
" " " " " "	W-B	"	"	2192	2191	2192	2194	2195	2194	2194	2196	2200	2202	2203	2204	2204	2203			
" " " " " "	O-B	"	"	.	1190	.	.	1190	.	.	1190	.	.	1190	.	.	.			
" " " " " "	SBZ	"	"	.	16835	.	.	16810	.	.	16765	.	.	16710	.	.	.			
" " " " " "	Saar	"	"	989	990	990	991	992	992	993	994	995	996	996	.	.	.			
Bevölkerungsbewegung																				
Geburten ¹⁾	BRD	auf 1000	Einwohner	16,5	17,0	16,3	16,3	16,2	15,3	15,3	15,7	14,8	14,7	14,9	15,6	17,1	17,6			
" " " " " "	W-B	Einwohner	und 1 Jahr	8,3	8,1	7,9	8,1	7,8	7,7	7,8	7,8	7,5	7,6	6,9	7,5	8,2	8,6			
" " " " " "	BRD	berechnet		12,9	13,6	11,2	10,4	10,4	9,5	9,4	9,2	9,9	10,7	11,2	11,2	13,2	13,9			
" " " " " "	W-B			15,3	15,6	14,1	13,4	13,2	12,6	12,9	12,1	13,5	14,8	14,4	15,9	16,7	16,4			
Eheschließungen	BRD			7,1	5,6	9,5	11,7	7,8	10,8	17,2	5,5	8,3	8,0	8,3	4,9	6,2	7,1			
" " " " " "	W-B			6,2	6,8	8,8	10,4	8,5	10,5	12,9	7,5	8,2	6,5	9,2	4,7	5,9	9,4			
Einkommen																				
Bruttosumme der Löhne in der Industrie			BRD	Mill. DM	S	1576,5	1770,4	1790,1	1830,9	1886,3	1885,5	1953,3	1972,2	1962,4	2056,4	2141,2	2006,3	1914,1	2051,5	2040,4
Gehälter in der Industrie			"	"	S	190,6	214,0	216,4	221,3	228,0	227,9	236,1	238,4	237,2	248,6	258,8	242,5	231,4	248,0	246,7
BRD 1949 = 100			"	"	S	545,7	551,3	558,8	564,3	572,4	580,5	580,8	588,3	593,9	616,4	693,6	647,8	646,9	648,2	656,8
BRD 1949 = 100			"	"	S	224,6	226,9	230,0	232,2	235,6	238,9	239,0	242,1	244,4	253,7	285,5	266,6	266,2	266,8	270,3
Eisenbahn																				
Personenverkehr			BRD	Mill.	S	106,6	110,9	110,6	120,7	104,7	118,5	114,7	117,6	123,6	116,6	119,2	134,1	114,5	121,4	.
Beförderte Personen			"	"	S	108	102	105	111	99	109	105	111	113	110	109	123	112	111	.
Personen-km			"	"	S	2353,8	2534,0	2699,5	3296,2	3001,8	3792,6	3675,2	3015,8	2962,3	2620,9	2959,8	2845,8	2490,1	2931,0	.
Güterverkehr																				
Wagengestellung, arbeitstäg.			"	1000	TD	57,9	59,5	62,3	62,4	62,2	61,7	60,8	63,3	67,1	68,3	64,1	58,8	56,0	63,0	65,9
Beförderte Güter²⁾			"	1000 t	S	20570,9	23794,1	22071,1	22054,2	22268,8	23650,9	23924,0	24329,8	26953,4	26266,6	25589,5	23758,2	21047,6	25777,3	.
dar. Kohleversand			"	"	S	7490,5	8209,5	7025,2	7096,6	6884,7	7350,7	7409,9	7379,4	7954,0	7884,7	8128,0	8220,7	7806,0	8437,3	.
Güterversand, arbeitstäg.			"	1950 = 100	"	113	117	122	122	121	120	118	124	137	141	130	122	116	131	.
Güterversd. nach West-Berlin			"	1000 t	"	216,0	257,5	220,6	184,6	183,4	190,2	174,4	187,7	234,0	210,3	217,6	220,8	189,3	228,0	.
Güterempfang aus West-Berlin			"	"	"	14,4	16,6	14,0	15,6	18,0	21,0	17,5	19,2	21,2	19,7	21,7	19,2	18,9	20,8	.
Nettononnen-km			"	Mill.	"	4333,4	4898,9	4641,2	4585,5	4611,6	5065,3	4698,6	4960,7	5305,2	5220,0	5223,5	4751,4	4476,9	5483,5	.
Binnenschifffahrt																				
Güterumschlag i.d. Binnenhäfen⁴⁾			BRD	1000 t	S	11518,2	12560,8	15109,4	16135,6	16869,5	17865,4	18359,2	17795,9	16868,1	14346,9	14156,9	15081,6	3054,8	.	.
" Berlin m.d. Bundeshäfen			W-B	"	"	60,2	129,3	146,9	202,3	189,1	204,8	184,2	157,8	182,1	182,9	134,0	143,2	145,4	.	.
Beförderte Güter⁵⁾			BRD	"	"	8408,3	9027,5	10309,5	10956,2	11523,1	12150,6	12406,8	12162,8	11713,2	9766,2	9498,1	10459,5	2434,0	9764,4	.
Geleistete Tonnen-km			"	Mill.	"	2009,9	2097,6	2329,5	2518,1	2668,5	2799,9	2868,5	2895,5	2710,0	2118,4	1986,3	2405,0	619,4	2246,0	.
Seeschifffahrt																				
Güterumschlag, insgesamt			BRD	1000 t	S	3775	4171	4154	4195	4343	5166	4666	4664	4749	4737	4980	4680	3894	.	.
dar. Auslandsverkehr			"	"	"	3522	3993	3867	3896	3993	4797	4273	4307	4439	4454	4732	4384	3806	.	.
Post																				
Übermittelte Telegramme			BRD	1950 = 100	S	84,5	101,7	105,6	112,1	102,5	114,9	118,8	108,9	109,6	98,8	115,0	90,9	88,2	109,1	.
Fernsprechnabverkehr			"	"	"	127,9	141,6	135,1	136,4	135,1	138,3	139,6	139,0	147,4	146,8	152,6	148,1	143,5	.	.
Fernsprechweitverkehr			"	"	"	148,1	170,4	166,7	170,4	170,4	181,5	181,5	185,2	188,9	185,2	188,9	177,8	170,4	.	.
Beförderte Pakete			"	"	"	109,1	137,1	125,9	123,8	111,2	111,9	115,4	128,7	144,8	161,5	209,1	116,8	120,3	149,7	128,7
Eingezahlte Postanweisungen u. Zahlkarten			"	"	"	136,8	152,6	142,1	147,4	136,8	142,1	142,1	142,1	157,9	152,6	178,9	147,4	142,1	157,9	.
Anzahl			"	"	"	156,6	181,0	177,1	170,0	180,5	183,9	181,6	180,8	190,7	184,9	230,9	185,8	178,2	208,0	.
Betrag			"	"	"															.
Straßenverkehr																				
Beförderte Personen			BRD	Mill.	S	276,4	292,3	272,2	280,8	266,1	268,2	254,9	268,2	285,6	290,4	313,2	300,6	292,1	299,2	.
Straßenbahn			W-B	"	"	22,4	24,9	22,8	24,3	23,0	23,1	23,6	23,7	25,1	25,0	26,9	25,4	24,2	.	.
Omnibus			BRD	"	"	151,0	160,0	142,3	148,3	142,6	145,3	148,5	159,7	166,2	183,5	185,9	188,0	188,0	.	.
Omnibus u. Obus			W-B	"	"	15,4	17,2	15,7	17,2	16,5	16,2	16,8	16,7	17,8	18,4	20,0	19,7	19,3	.	.
U-Bahn			"	"	"	10,5	11,6	10,3	10,9	10,3	9,9	10,3	10,4	11,2	11,3	12,0	11,6	11,2	.	.
Einzelhandelsumsätze																				
Gesamter Einzelhandel			BRD	1950 = 100	S	127	143	153	146	136	154	138	141	160	161	240	137	141	176	147
Nahrungs- und Genußmittel			"	"	"	131	148	156	146	143	154	149	148	154	150	208	140	150	180	149
Bekleidung und Wäsche			"	"	"	108	111	137	135	108	139	97	101	147	150	245	108	107	149	117
Hausrat und Wohnbedarf			"	"	"	134	155	153	158	148	166	169	178	196	207	306	164	151	184	167
sonstiger Einzelhandel			"	"	"	144	177	170	159	155	170	167	168	174	176	266	163	169	205	180
Index der Grundstoffpreise																				
Grundstoffe insgesamt			BRD	1938 = 100	D	236	236	235	236	240	242	242	242	244	246	247	244	248	248	248
dar.: Grundst. inländ. Herkunft			"	1950 = 100	"	123	123	123	123	125	126	126	126	127	128	128	127	129	129	129
ausländ. Herkunft			"	"	"	128	128	128	129	131	132	132	132	133	135	135	133	135	136	135
Grundst. landwirtschaftl. Herkunft			"	"	"	103	101	100	99	100	101	101	101	100	100	100	101	101	101	102
industrieller			"	"	"	112	112	111	111	114	116	115	115	117	118	118	116	119	120	120
BRD			"	"	"	135	136	135	137	138	138	139	139	139	140	140	140	140	140	140
Index der Erzeugerpreise																				
Gesamte Industrie			BRD	1938 = 100	D</															

